

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

unser Leben ist das höchste Gut. Wir haben dies während der Fußball-Europameisterschaft miterleben können, als der Däne Christian Eriksen im Spiel auf dem Feld zusammengebrochen ist. Nur den schnellen Reaktionen der Mitspieler, des Schiedsrichters und vor allem der Ärzte ist es zu verdanken, dass Schlimmeres verhindert werden konnte.

Wir erleben dieser Tage und Wochen immer wieder, dass Menschen über sich hinauswachsen. Auch unsere Polizei muss Situationen meistern, in denen es auf Mut, Courage und Respekt ankommt, auch sie müssen oft über sich hinauswachsen. Sie verdient eine politische Führung, die ihrer Verantwortung gerecht wird. Denn das Ansehen wird durch immer neue Skandale in der Verantwortung von Innenminister Beuth erschüttert. In dieser Plenarwoche stand der Skandal um das Frankfurter

SEK auf der Tagesordnung. Doch anstatt über sich hinauszuwachsen, bestätigte Innenminister Beuth, warum er der falsche Mann in diesem Amt ist. Er mimt den Aufräumer und verschweigt zugleich das wahre Ausmaß des Skandals und seine eigene Rolle. Klar ist: Innenminister Beuth trägt die politische Verantwortung für alles, was innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches geschieht. Er hatte lange genug Zeit, die neue Führungskultur zu schaffen, die er nun verspricht. Nun muss man feststellen, dass er dabei kläglich versagt hat. Es ist höchste Zeit für einen Neuanfang im Innenministerium: Innenminister Beuth sollte seinen Hut nehmen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Nancy Faeser

BILDUNG UNTER DEM BRENNGLAS CORONA

REGIERUNGSERKLÄRUNG



In der Aussprache zur Regierungserklärung zu den Herausforderungen der Corona-Pandemie für Schulen forderte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Christoph Degen einen Masterplan Chancengleichheit. Die Aufholpakete von Bund und Land zum Abbau von Lernrückständen sowie von sozialen und psychischen Folgen der Pandemie müssen langfristig und verbindlich zu einer Bildungsstrategie zusammengefügt

werden. Ein Rollback ins Jahr 2019 nach dem Motto „Weiter so!“ reiche nicht aus. „Für 243.000 Schülerinnen und Schüler waren die Schulen seit Dezember fast ein halbes Jahr geschlossen. Zu viele Kinder und Jugendliche haben den Anschluss verloren“, so Degen. Wie ein Brennglas habe die Pandemie uns vor Augen geführt, wie weit Hessen bei der Digitalisierung hinterherhinke und wie wenig in der Vergangenheit passiert sei. Die Verantwortung für diese Missstände trage Kultusminister Lorz.

Degen appellierte an die Landesregierung, den Fokus des Landesprogramms auf mehr individuelle Förderung, den Ausbau der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologie sowie die Digitalisierung zu

legen. Wichtig sei auch eine Verlängerung der Duldung von Teams und anderen von den Schulen genutzten Videokonferenzsystemen. Die angekündigte Bestandsanalyse sei gut, wenn sie eine Quantifizierung der ausgefallenen Unterrichtsstunden, eine stichprobenartige Erhebung der tatsächlichen Lernrückstände sowie endlich auch einen Überblick über die Ausstattung der Schulen umfasse. Schwarzgrün müsse mit Blick auf den Rechtsanspruch für den Ganztags an Grundschulen, der letzte Woche im Bundestag beschlossen wurde, auch den Bedarf an Ganztagsplätzen ermitteln. Für die SPD stehe außer Frage, dass Hessen ohne einen kräftigen Schub beim Ausbau von Ganztagschulen auch bei der Förderung von Schülerinnen und Schülern nicht vorankomme, so Christoph Degen.

KLIMASCHUTZ IMMER MITDENKEN

„Beim Klimaschutz geht in Hessen schon seit Jahren nichts mehr voran“, kritisierten Nancy Faeser und der umweltpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Gernot Grumbach, am Dienstag im hessischen Landtag. Die SPD-Fraktion habe daher als erste Fraktion ein eigenständiges Klimaschutzgesetz für Hessen vorgelegt. „Es ist Zeit zu handeln. Nicht zuletzt hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Dringlichkeit des Klimaschutzes deutlich gemacht. Es ist bedauerlich, dass die Hessische Landesregierung bei dieser für unsere Zukunft zentralen Herausforderung in einer Positi-

on des Zögerns und Zauderns verharret. Das kommt davon, wenn die CDU auf der klimapolitischen Bremse steht und die Grünen stillschweigend am Kabinettstisch hocken“, so Faeser. „Anstatt an zukünftige Generationen zu denken, denken die Verantwortlichen von Schwarzgrün vor allem an Machterhalt. Statt aktiv zu gestalten, schafft es die schwarzgrüne Landesregierung nicht einmal ihre eigenen Klimaziele einzuhalten.“ Mit dem Gesetzentwurf wolle die Fraktion einen generellen Rahmen vorgeben und erreichen, dass zukünftig jeder Gesetzentwurf, jede Verordnung



SEIT 2014 KEIN EIGENES KLIMAZIEL ERREICHT:

Schwarzgrün scheitert beim Klimaschutz.

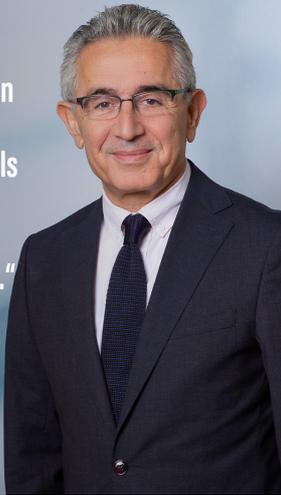
und der Landesentwicklungsplan auf die Klimawirkung hin geprüft werden müsse. Der Klimaschutzplan werde darauf ausgelegt, die Entwicklung hin zur Klimaneutralität deutlich zu beschleunigen und enthalte konkrete Reduktionsziele für die Bereiche Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft.

MEHRSPRACHIGKEIT IN HESSEN FÖRDERN

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

„Herkunftssprachen wie Türkisch oder Griechisch sollen als zweite oder dritte Fremdsprache angeboten werden.“

TURGUT YÜKSEL



Der integrationspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Turgut Yüksel, forderte die Landesregierung auf, Mehrsprachigkeit endlich umfassend zu fördern. Die SPD-Fraktion setze sich weiter dafür ein, dass in Hessen häufig gesprochene Herkunftssprachen wie Türkisch oder Griechisch als zweite oder dritte Fremdsprache an Schulen angeboten werden. „Für uns als SPD-Fraktion ist es eine Frage der Chancengleichheit und des Abbaus von Diskriminierung, in der Bevölkerung häufig gesprochene Herkunftssprachen aufzuwerten“, so Yüksel.

INNENMINISTER BEUTH HAT KLÄGLICH VERSAGT

In der Plenardebatte über den Skandal um das Frankfurter SEK und mögliche rechtsextreme



Netzwerke in der hessischen Polizei machte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günther Rudolph, deutlich, dass der neuerliche Vorfall rechtsext-

remer Inhalte in Chatgruppen der hessischen Polizei das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Sicherheitsbehörden erschüttere, deren Arbeit erschwere und tausende von Polizeibeamtinnen und -beamten in Misskredit bringe. „Der Innenminister ist seit über sieben Jahren im Amt. Er trägt die politische Verantwortung für alles, was innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches geschieht. Er hatte lange genug Zeit, die neue Führungskultur zu schaffen, die er nun verspricht. Er hat dabei kläglich versagt. Es ist höchste Zeit für einen Neuanfang im Innenministerium“, so Rudolph.

SCHWARZGRÜN KOPIERT BEI OLAF SCHOLZ

Zum Green Bond der Landesregierung sagte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Marius Weiß: „Der Bund hat einen entsprechenden Titel über 6,5 Milliarden Euro aufgelegt, der mit insgesamt 33 Milliarden Euro nachgefragt und mehrfach ausgezeichnet wurde. Im letzten Monat hat Olaf Scholz mit dem ersten Green Bond mit 30 Jahren Laufzeit nachgelegt – der längsten in der Eurozone.“ Hessen habe zwar den Titel kopiert, fördere mit dem Bond jedoch keine zusätzlichen Projekte. „Wir erleben heute mal wieder schwarzgrünes Politikmarketing pur. Ob der hessische Green Bond tatsächlich einen Beitrag zur Nachhaltigkeit wird, und wenn ja, in welcher Höhe, bleibt abzuwarten.“



IMPFGESCHEHEN OPTIMIEREN

In einer Aktuellen Stunde zu den nächsten Schritten im Umgang mit Covid-19 forderte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Daniela Sommer, die Landesregierung auf, das Impfen voranzutreiben, sowie Vorkehrungen für mögliche weitere Mutationen und für gegebenenfalls erforderliche Nachimpfungen zu treffen. Es müsse zudem Perspektiven über den bisherigen Stufenplan geben. „Dass stets mehr Menschen geimpft sind, ist gut, aber es darf kein Persilschein dafür sein, dass die Landesregierung sich nicht mehr kümmert.“



HILFEN DER BUNDESREGIERUNG HABEN HESSEN DURCH DIE PANDEMIE GEBRACHT

In einer Debatte kritisierte Tobias Eckert, der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, das befremdliche Eigenlob der Landesregierung hinsichtlich der Corona-Hilfen für die Wirtschaft. „Die umfassenden Hilfen haben die Empfänger vor allem der Bundesregierung und insbesondere deren sozialdemokratischen Ministern zu verdanken.“ Man habe die Landesregierung das gesamte Pandemie-Jahr aufgefordert, zusätzliche Programme aufzulegen. Dieser Forderung sei Schwarzgrün nicht nachgekommen, sondern habe lediglich auf den Bund verwiesen.



ZU WENIG UND JETZT AUCH NOCH ZU SPÄT

GLÜCKSSPIELGESETZ



Die schwarzgrüne Regierungskoalition hat mit ihrer Parlamentsmehrheit beschlossen, dass die so genannten Lotto-Destinatäre höhere Zuwendungen aus den Gewinnen des staatlichen Glücksspiels erhalten sollen. Die Erhöhung um zehn Prozent sei aus Sicht aller Beteiligten zu niedrig und komme zudem zu spät, kritisierte Günter Rudolph, der parlamentarische Geschäfts-

führer der SPD-Fraktion. „Meine Fraktion hat sich daher immer dafür eingesetzt, dass die Fördermittel aus den Lotto-Gewinnen um 25 Prozent steigen. Der Glücksspielstaatsvertrag und das hessische Ausführungsgesetz dazu treten am 1. Juli dieses Jahres in Kraft. Eine sinnvolle Begründung dafür, die erhöhten Zuweisungen an die Destinatäre erst ein halbes Jahr später wirksam werden zu lassen, gibt es nicht. Die zehn Prozent mehr, die Schwarzgrün den Destinatären zugesteht, können die Kostensteigerungen seit der letzten Anhebung nicht ausgleichen – denn die fand 2013 statt.“ Zu den Destinatären zählen beispielsweise der Landessportbund Hessen, die Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Hessische Jugendring, die Träger der außerschulischen Jugendbildung und der Ring politischer Jugend.

BUNDESWEITER MIETENSTOPP



In der Plenardebatte zum Mietenstopp äußerte sich die wohnungspolitische Sprecherin der SPD, Elke Barth: „Allein durch vermehrtes Bauen werden die Probleme auf dem Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen nicht gelöst. Auch Corona hat den Anstieg der Mieten nicht gebremst. Immer mehr Menschen müssen bis zur Hälfte ihres Einkommens für die Miete ausgeben.“ Nachdem das Bundesverfassungsgericht festgestellt habe, dass den Bundesländern die gesetzgeberische Zuständigkeit für eine solche Regelung fehle, unterstütze ihre Fraktion daher die Forderung nach einem bundesweiten Mietenstopp und den bundesweiten Aktionstag des Bündnisses „Mietenstopp jetzt“ am kommenden Samstag.

HOHE ENERGIEVERLUSTE, GERINGE EFFIZIENZ

WASSERSTOFFGESETZ



Die Fraktion der FDP hat einen Gesetzentwurf zur Nutzung von Wasserstoff als Energieträger in den Hessischen Landtag eingebracht.

Der Energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stephan Grüger, arbeitete in seiner Rede die Schwachstellen des Gesetzentwurfes heraus. „Der Gesetzentwurf bleibt die Antwort schuldig, woher die Energie für die Herstellung des Wasserstoffs kommen soll. Zur Zeit wird mehr als 80% des verfügbaren Wasserstoffs aus Erdgas gewonnen, wobei das Klimagas CO2 entsteht. Wenn Wasserstoff aus erneuerbaren Energien produziert

wird, geschieht dies aufgrund der vielen Umwandelungsschritte mit hohen Energieverlusten.“ Grüger kritisierte, dass Wasserstoff aus erneuerbaren Energien daher nur dort Verwendung finden werde, wo keine effizientere Direktumwandlung von Strom möglich sei. „Für Autos ist der Wasserstoffzug damit bereits abgefahren, denn Batterien sind dabei wesentlich effizienter.“ Anders sehe es zum Beispiel in der Schwerindustrie aus. Zum Gesetzentwurf werde es zunächst eine Anhörung und dann eine zweite Lesung im Landtag geben.

RETTUNG FÜR INNENSTÄDTE UND GASTRONOMIE

In der Plenardebatte über Einzelhandel und Gastronomie nach der Corona-Krise erinnerte der SPD-Landtagsabgeordnete Knut John an die teilweise dramatische Situation der Gastronomen und Einzelhändler in den Innenstädten. Die Kommunen stünden schon vor der Pandemie vor großen Problemen, die sich durch Corona noch einmal verschärft hätten. Durch die stetig steigenden Belastungen unter Verantwortung der Landesregierung würden Städte und Gemeinden an den Rand des Ruins gebracht. Schwarzgrün wälze immer mehr Aufgaben auf die Kommunen ab, ohne die Kosten dafür zu erstatten, wie z.B. für Kitas oder den Straßenausbau. „Die Leidtragenden sind am Ende Einzel-



handelsgeschäfte und Gastronomie, die spätestens jetzt durch die Pandemie vor dem Nichts stehen“. Schuld daran sei auch der stetig wachsende Onlinehandel. „Aber machen wir uns nichts vor: Den Online-Handel zurück zu fahren, ist nicht mehr machbar. Hinzu kommen hohe Fixkosten, die kleine, inhabergeführte Geschäfte durch ihren Umsatz kaum noch schultern können. Das Ergebnis ist, dass es in den größeren Städten nur noch Filialbetriebe gibt – und in den kleineren Gemeinden gar nichts mehr. Deswegen müssen die Gemeinden und Städte dauerhaft mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden, damit Ideen und Pläne auch entwickelt und umgesetzt werden können!“

BÜCHEREIEN IN HESSEN

In der Debatte über einen Gesetzentwurf der FDP zur Stärkung der öffentlichen Bibliotheken hat Ulrike Alex die wichtige Bedeutung von Büchereien hervorgehoben: „Allgemein zugängliche Bibliotheken sind ein wesentlicher Beitrag zur kulturellen Daseinsvorsorge. Jede Schließung einer solchen Einrichtung aus Kostengründen schränkt das Bildungsangebot für weite Bevölkerungsteile ein.“ Dies sei insbesondere im ländlichen Raum von Bedeutung: „Jede Einschränkung durch schwierige Erreichbarkeit insbesondere im ländlichen Raum ist eine bildungspolitische Benachteiligung“, so Alex. Auf Kritik stieß jedoch der Vorschlag der FDP, Bibliotheken auch an Sonn- und Feiertagen zu öffnen. „Das Ziel der FDP, dort Sonn- und Feiertagsarbeit einzuführen, erweitert die Gruppe der Menschen, die regelmäßig dazu gezwungen sind. Hier wird – diesmal über die Bibliotheken – erneut versucht, Arbeit weiter zu entgrenzen und die Sonntagsruhe abzuschaffen.“



LANDESPARTEITAG LIVE AUS DEM STADION

19. JUNI 2021 | #SPDLPT21

UNSER LANDESPARTEITAG

Seid mit dabei im Livestream.

Veranstaltungsankündigung: Zum ersten Mal findet der Landesparteitag der SPD Hessen in einem Stadion statt, dem Stadion am Bieberer Berg in Offen-

bach. Am 19. Juni können interessierte Zuschauerinnen und Zuschauer alle Tagesordnungspunkte live mitverfolgen und als erste erfahren, welche Kandidatinnen und Kandidaten auf der Landesliste zur Bundestagswahl 2021 stehen. Die Veranstaltung wird ab 10 Uhr auf dem YouTube-Kanal der SPD Hessen live übertragen. Weitere Informationen sind auf der Website des Landesverbands zu finden. Den YouTube-Kanal findet ihr [hier](#).

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Cord Wilke,
Martina Häußl-David,
Luisa Neurath